Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 48. **Donnerstag** den 17. Februar 1881. **75. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 2te Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 7. März ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1401. Verordnung, betreffend die Caution des Rendanten der Bureaucasse bei dem Reichsamt des Innern. Vom 2. Februar 1881.

Nr. 1402. Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie wegen Beglaubigung der von öffentlichen Behörden und Beamten ausgestellten oder beglaubigten Urkunden.

Nr. 1403. Bekanntmachung, betreffend diejenigen obersten Verwaltungsbehörden und höheren Verwaltungsbehörden im Deutschen Reiche und in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie, deren Urkunden einer Beglaubigung nicht bedürfen. Vom 2. Februar 1881.

Leipzig, den 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Für den Termin Ostern ds. Js sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 Mark 8 Pf., 67 Mark 45 Pf. und zweimal 40 Mark 47 Pf. an hiesige, unbescholtene arme Bürgerstöchter, welche sich in der Zeit von Ostern v. J. bis Ostern d. J. verheirathet haben, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche um diese Stipendien unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederkehrer'sche Stipendium von 40 Mark 47 Pf. anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 19. März d. J. auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 15, einzureichen.

Leipzig, den 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die im Laufe des Jahres 1880 mit Leichen **Erwachsener**, sowie die im Jahre 1871 mit Leichen von **Kindern** belegten Gräber auf den hiesigen Friedhöfen kommen im gegenwärtigen Jahre zum Verfall.

Leipzig, am 11. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Holz-Auction.

Freitag, den **18. Februar** a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Gaadorfer Forstrevière** auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im sogenannten Stadtz
ca. 106 **Langhaufen**,
„ 20 **Abraumhaufen** und
„ 325 **Stück Reifstäbe**
unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: im sogenannten Stadtz.

Leipzig, am 1. Februar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des hiesigen Königlichen Amtsgerichts (Ecke der Harkortstraße und Bleichergasse) sollen

den 18. Februar 1881, Vormittags 10 Uhr,

die zu einer Concursmasse gehörigen Büchervorräthe, **nämlich 1200 Exemplare Anderssen, ausgewählte Märchen, roth, Reiche, Führer auf dem Lebenswege, 1900 Exempl., und zwar 1600 Exempl. roth, 300 Exempl. in Pracht-Band gebunden**, öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 16. Februar 1881.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.
Freygang.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 17. Februar.

Die Thronrede, mit welcher der **Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums**, Graf Stolberg-Wernigerode, im Namen des Kaisers und als Stellvertreter des Reichskanzlers den Reichstag eröffnet hat, ist mit tiefem Stillschweigen seitens der im weißen Saale anwesenden Reichsboten aufgenommen worden. Trocken im Ton, nüchtern dem Inhalte nach, erscheint sie als der Ausdruck der allgemeinen Stimmung des Landes. Ueberraschendes ist in dieser Kundgebung der Regierung nicht zu finden; erfrischend wirkte nur der deutliche Hinweis auf die freundlichen Beziehungen des Reiches zu seinen Nachbarn. Die Betonung des Verhältnisses zu den uns benachbarten Reichen, der Freundschaft unseres Kaisers mit den Herrschern derselben eröffnet eine Perspective, welche in der Ferne das Dreikaiserbündniß wieder erscheinen läßt. Bemerkenswerth ist, daß Frankreich, Oesterreich und Rußland als von einem etwaigen localen Kriege unberührt hingestellt werden. Die diplomatische Thätigkeit des Reichskanzlers zu Gunsten des Friedens findet durch diese Versicherung eine glänzende Rechtfertigung, und fast scheint es, als wäre damit ein Ruhepunct bezeichnet, an welchem das friedensbedürftige Europa angelangt ist. „Es besteht keine principielle Meinungsverschiedenheit zwischen den Großmächten" — das ist der Lichtpunct dieser Rede.

Betreffs der griechischen Frage läßt die Thronrede die Möglichkeit eines Krieges offen; mit großer Bestimmtheit giebt sie aber zu verstehen, daß ein solcher Krieg, wenn unvermeidlich, localisirt bleiben werde. Nach Alledem dürfen wir hoffen, daß die Beunruhigung, welche durch den letzten Feldzug der officiösen Presse hervorgerufen wurde, bald gänzlich schwinden werde. Wir begrüßen diese Theile der Rede mit unverhohlener Freude und patriotischer Genugthuung, denn auch Deutschland bedarf des Friedens.

Unter den Aufgaben, welche die Thronrede dem Reichstage hinstellt, nimmt die Steuerfrage den ersten Platz ein. Höchst seltsam dünkt uns, daß in dieser Beziehung neben den weiteren Zuwendungen an die Einzelstaaten, aber vielmehr in erster Linie, wieder „die finanzielle Selbstständigkeit des Reiches" als erstrebenswerthes Ziel bezeichnet wird. Der §. 8 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 (Antrag Franckenstein) hat das Institut der Matricularbeiträge einstweilen beseitigt, und nach dem bekannten Beschlusse der Coburger Ministerconferenz sollen die jetzt dem Reichstage zugemutheten Steuerbewilligungen wiederum den Einzelstaaten zu Gute kommen, also nicht zur Herabminderung der Matricularbeiträge verwendet werden. Wie unter diesen Umständen die finanzielle Selbstständigkeit des Reichs gefördert werden soll, bleibt bis auf Weiteres unverständlich. Hinsichtlich der den Einzelstaaten noch fernerhin zuzuwendenden Beträge ist von Wichtigkeit das Zugeständniß, daß für die Bemessung derselben erst die definitive Gestaltung der Einnahmen aus den im Jahre 1879 neu bewilligten Zöllen abzuwarten sei. Nicht ganz logisch ist es dann aber, wenn schon jetzt „eine Vermehrung der für jene Zwecke zu verwendenden Einnahmen" ohne genaue Kenntniß von dem Umfange des wirklichen Bedürfnisses vorgenommen werden soll.

Daß bei der Aufzählung der Mittel, mit denen man diese Vermehrung erzielen will, eine Erhöhung der Branntweinsteuer fehlt, wird Niemanden überraschen; wohl aber muß es auffallen, daß auch die Wehrsteuer nicht erwähnt wird. Die Thronrede spricht lediglich von einer „neuen Ordnung der Stempelgesetze und der Brausteuer". Vielleicht läßt sich das Räthsel dahin, daß der Ertrag der Wehrsteuer nicht den Einzelstaaten, sondern dem Reiche zufließen soll.

Mit ganz überwiegendem Beifalle wird man im Lande die Stellen der Thronrede über die Arbeiterversicherung und über die Versorgung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten vernehmen. Der Gesetzentwurf über die letztere Angelegenheit ist die Erfüllung eines seit langen Jahren vom Reichstage auf das wiederholte Betreiben des Abg. v. Bernuth ausgesprochenen Wunsches. Ueber die erstere Materie ist die öffentliche Debatte im vollen Zuge. Getheilter werden die Meinungen über die Vorlage wegen des Innungswesens sein. Gerade hier aber werden wir uns zu erinnern haben, daß der Entwurf noch nicht den Bundesrath passirt hat, sich also ein Urtheil über seine definitive Gestaltung noch nicht abgeben läßt.

Sehr wohl dagegen ist ein solches möglich über die beabsichtigte Einführung zweijähriger Etatsperioden. Deutlicher als im vorigen Jahre wird diesmal ausgesprochen, daß es dabei nicht sowohl auf die Vermeidung alljährlicher Budgetdebatten, als vielmehr auf die Vermeidung alljährlicher Berufung des Reichstages bezw. der Einzellandtage abgesehen ist. Für den Reichstag kann es einem solchen Ansinnen gegenüber nach wie vor nur eine ablehnende Antwort geben. Die Thronrede verkündet in Summa eine Periode langwieriger und mühsamer Arbeit dem Parlamente; dieses Wort blieb fernerhin unausgesprochen, aber der zu Grunde liegende Gedanke zieht sich wie ein rother Faden durch die Kundgebung. Möge diese Arbeit gesegnet sein, möge die gemeinsame Thätigkeit der Reichsboten dazu beitragen, die Reichseinheit zu stärken und das Band zu befestigen, welches die Stämme des deutschen Volkes umschließt!

Der Bundesrath trat am 14. d. M. unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Boetticher zu einer Plenarsitzung zusammen und genehmigte in zweiter Lesung die am 12. d. M. angenommenen Ergänzungen und Abänderungen zum Etat des Reichsamts des Innern für 1881/82, sowie die Wiedervorlegung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, den letzteren mit einer Zusatzbestimmung, kraft deren der zur Reichscasse fließende Nettoertrag der Stempelabgaben den Bundesstaaten nach dem Matricularfuße zu überweisen ist. — Weiter gelangten nach dem Gutachten des Ausschusses für Rechnungswesen der Reichshaushalts- (Haupt-) Etat für 1881/82 und der Entwurf des Etatsgesetzes zur Feststellung. — Den Schluß bildete die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten, welcher mit den von denselben Ausschusse vorgeschlagenen Modificationen, insbesondere der Ausdehnung der Verpflichtung zur Entrichtung von Hinterbliebenen-Versorgungsbeiträgen auf sämmtliche Beamte, ebenfalls die Zustimmung der Versammlung erhielt.

Aus den sehr weitschichtigen Commissionsverhandlungen über das preußische Verwendungsgesetz sind einige interessante Puncte hervorzuheben. Der Finanzminister erklärte, daß von den im Reiche bewilligten 130,000,000 Mk., von denen bereits 14,000,000 Mk für Steuererlasse bewilligt seien, keine Ueberweisung mehr zu erwarten sein dürfte. Nicht minder interessant ist die Bemerkung des Regierungscommissars Geh. Rath Eilers, daß man wohl die 4 untersten Classensteuerstufen aufheben müsse, wenn man erwäge, daß durch die Erhöhung der Zölle und indirecten Steuern die unteren und mittleren Volksclassen, besonders die kleinen Beamten, Handwerker, Schullehrer ꝛc., unverhältnißmäßig belastet worden seien. Eine ähnliche Aeußerung wurde auch von einem conservativen Abgeordneten gemacht.

Das Schicksal des dauernden Steuererlasses im preußischen Herrenhause wird schon deshalb als ungewiß betrachtet, weil die „neue Fraction" sich gegen die Annahme erklärt hat. Wie man wissen will, würde Fürst Bismarck die Vorlage persönlich vertheidigen.

Die Eisenbahn-Commission, an welche das Plenum des preußischen Abgeordnetenhauses den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Erwerb und den weiteren Ausbau der Rhein-Nahe-Bahn zur nochmaligen Berathung zurückverwiesen hatte, trat am Dienstag Abend in Anwesenheit des Ministers der Finanzen, des Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Kriegsministers zusammen, um dem ihr ertheilten Auftrag nachzukommen. Nachdem jeder der drei Herren Minister die Stellung der Regierung von seinem Ressortstandpuncte aus in ausführlichem Vortrage klargelegt hatte, wurde seitens der Commission der gewünschten Ermächtigung zur Beschaffung des zweiten Geleises auf der Rhein-Nahe-Bahn von keiner Seite widersprochen, damit man mit der Bestellung und Beschaffung der nöthigen Materialien ohne Aufenthalt vorgehen könne. Nach eingehender Discussion aller in Betracht kommenden Gesichtspuncte, an der sich fast alle anwesenden Mitglieder der Commission betheiligten, wurde mit 7 gegen 6 Stimmen beschlossen, der Regierung die Ermächtigung zum Ankauf der Bahn zum Preise von 15 Procent des Nominalwerthes der Actien zu ertheilen, unter Festhaltung an dem Hammacher'schen Gesetzentwurfe, zu dessen näherer Formulirung eine Subcommission erwählt ward. Das Plenum dürfte auch diesen Preis, der noch ziemlich hoch erscheint, nicht bewilligen.

Die bairische Regierung scheint in Bezug auf die Begründung eines deutschen Volkswirthschaftsrathes ihre Bedenken zu haben. Sie verlangt, wie aus Berlin gemeldet wird, die Vorlage eines förmlichen Gesetzes, das den Volkswirthschaftsrath als dauernde Reichs-Institution ins Leben ruft, und in Folge Dessen ist die betreffende Etatsposition im Bundesrathe vorläufig zurückgezogen worden. Es ist anzunehmen, daß diese Zurückziehung eine definitive sei, da Fürst Bismarck bei einer früheren Gelegenheit (Einbeziehung St. Paulis in den Zollverein) die Erklärung abgegeben, daß er bei Streitigkeiten über die Auslegung der Verfassung im Bundesrathe es für zweckmäßig erachte, eine materielle Entscheidung mit allen Mitteln zu umgehen. Es ist demnach anzunehmen, daß er in dem vorliegenden Falle dem bairischen Standpuncte Zugeständnisse machen wird. Daß die Regierungen im Uebrigen geneigt sind, einen Volkswirthschaftsrath für Deutschland schaffen zu helfen, haben Anfragen, die vorher stattgefunden haben, nach dem Berliner Tageblatt „unzweifelhaft" ergeben.

Die Lessingfeier ist überall in Deutschland als ein Nationalfest begangen worden. Besonders erhebend verlief dieselbe in Braunschweig. Ein Telegramm vom 15. d. M. berichtet darüber Folgendes: Die hiesige Lessingfeier begann bei herrlichem Wetter unter sehr zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung am Lessing-Denkmal mit Gesangsvorträgen der hiesigen Männergesangvereine unter Leitung des Capellmeisters Franz Abt. Sodann wurde von einem Studirenden der hiesigen technischen Hochschule eine Festrede gehalten und von den studentischen Deputationen wurden Lorbeerkränze mit Widmungsschleifen unter kurzen Ansprachen auf den Stufen des Lessing-Denkmals niedergelegt. Von den meisten deutschen Universitäten und technischen Hochschulen, sowie aus Wien und Zürich, ferner von zahlreichen hiesigen und auswärtigen Vereinen und Privatpersonen waren kostbare Kränze gesendet worden. Um 12 Uhr fand ein feierlicher Actus in der Aula der technischen Hochschule mit Festrede und Gesängen statt. Nachmittags besuchten die hiesigen Studirenden und die auswärtigen Deputationen das Grab Lessing's, welches mit Lorbeer- und Immortellenkränzen vollständig bedeckt ist. Das herzogliche Hoftheater begeht die heutige Feier durch Aufführung von „Nathan der Weise", gestern wurde „Emilia Galotti" und am Sonntag „Minna von Barnhelm" gegeben. In den literarischen Verein „Lessing" und zahlreichen anderen Vereinen finden dramatische Aufführungen statt. In Wolfenbüttel fand eine Gedenkfeier in der Aula des Gymnasiums statt, bei welcher der jetzige Inhaber von Lessing's Stelle, Oberbibliothekar v. Heinemann, die Festrede hielt.

Die österreichische Presse begrüßt die deutsche Thronrede mit Sympathie. Die officiöse „Wiener Abendpost" schreibt: Gewiß wird die deutsche Thronrede wegen der Zuversicht, mit welcher dem Vertrauen des Kaisers Ausdruck gegeben wird, „daß es der Einigkeit der Mächte gelingen werde, auch partielle Störungen des Friedens in Europa zu verhüten und jedenfalls so zu beschränken, daß sie weder Deutschland noch dessen Nachbarn berühren", wie von uns überall mit der aufrichtigsten Genugthuung begrüßt und aufgenommen werden.

Aus Triest wird heute gemeldet, daß dort seitens der slavischen Partei eine heftige Agitation gegen das bisher von der Regierung bevorzugte italienische Element geführt werde. Der in Triest bestehende slovenische Verein „Edinost", soll im Laufe der jüngsten Wochen an Mitgliedern bedeutend zugenommen haben, da viele Slovenen, die bisher aus mancherlei Gründen sich passiv verhielten, im Hinblick auf die slavenfreundliche Haltung des gegenwärtigen Ministeriums den Zeitpunct zur Verfolgung der slavischen Tendenzen als günstig betrachten. Wie wir gleichzeitig in Wiener föderalistischen Blättern lesen, hat der Verein „Edinost" sogar eine umfangreiche „Denkschrift" über die „Gefahren der italienischen Propaganda in Triest und die beispiellose Unterdrückung des loyalen Slaventhums" an den Minister-Präsidenten, Grafen Taaffe, gerichtet. Man weiß zwar noch nicht, welche Aufnahme jene Denkschrift seitens des gegenwärtigen Leiters der inneren Politik gefunden, aber so viel ist jedenfalls gewiß, daß sie von den übrigen slavenfreundlichen Elementen der Regierungskreise unterstützt werden dürfte. Die Slovenen Triests und des Küstenlandes versicherten der Regierung in jüngster Zeit wiederholt, daß Oesterreich von Italien Nichts zu besorgen hätte, falls man in Wien den Slovenen ihre nationalen Rechte gewähren wollte. Das in Görz erscheinende slovenische Blatt „Soca" sagte jüngst gelegentlich des Irredentisten-Rummels: „Wenn uns die Regierung zu unseren nationalen Rechten verhilft, so mögen die Italianissimi nur kommen. Wir werden sie feurig empfangen mit — Flintenschüssen." — Auch wird in den slovenischen Journalen fortwährend die Vereinigung sämmtlicher Slovenen, die bisher in Triest, dem Küstenlande, in Krain, Kärnten und der Untersteiermark zerstreut sind, zu einer „einheitlichen national-administrativen Gruppe" betont, welcher Forderung auch schon der Abgeordnete Wosnjak im Reichsrathe Ausdruck verliehen hat. Mit einem Wort: die slavischen Wogen gehen gegenwärtig in Oesterreich höher als jemals.

In der Obersteiermark, wo die Bauern- und Eisenarbeiter-Bewegung stark mit socialdemokratischen Elementen versetzt ist, sollte am 20. d. wieder eine große „Bauern"-Versammlung stattfinden. Diesmal sollte sie in dem an der Südbahn gelegenen Marktflecken Mürzzuschlag tagen, der als Eisenindustrieort eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung enthält. Zu dieser sollten am Sonntag, den 20. d. die Arbeiter aus den zahlreichen Eisenhütten des ganzen Mürz- sowie des benachbarten oberen Murthales stoßen und schließlich sollte die Versammlung noch durch die Bauern aus den umliegenden Dörfern verstärkt werden. Da aber die Bezirkshauptmannschaft in Bruck in Erfahrung gebracht, daß die Versammlung thatsächlich von socialdemokratischen Agenten in Wien und Graz angeregt worden, welche auch beabsichtigt, in Mürzzuschlag das Reizercontingent zu stellen, so ist sie unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen verboten worden.

Im Laufe der letzten Woche sind dem Wiener deutschen Schulverein wieder namhafte Beiträge aus verschiedenen Gegenden Deutschlands zugegangen. Man wird demnächst abermals zur Errichtung mehrerer deutscher Schulen schreiten und zwar zumal in Galizien, wo das deutsche Element durch das dort ausschließlich herrschende polnische Unterrichtswesen zumeist bedroht ist. Auch in einigen Gegenden Südtirols, die vom Romanismus bedrängt, sind, da nun genügende Mittel vorhanden, deutsche Volksschulen in Aussicht genommen worden.

Zum Andenken des verstorbenen Papstes Pius fand zu Rom am 8. d. M. eine Todtenfeier statt. In der berühmten Sixtinischen Capelle im Vatican celebrirte der Cardinaldecan Di Pietro, während sich Papst Leo XIII. darauf beschränkte, den Katafalk zu absolviren. Das ist der technische Ausdruck für die Segnung und Beräucherung mit dem Rauchfasse, welche der Papst an dem Katafalk vollzieht, indem er seinen Umzug um denselben hält. Dem Todtenamte wohnten die jungen, in Rom weilenden russischen Großfürsten Sergius und Paul bei; man darf aber wohl, ohne zu irren, annehmen, daß die jungen Prinzen lediglich von der Neugierde, eine große Feierlichkeit in der Sixtinischen Capelle zu sehen und die päpstliche Capelle singen zu hören, zu ihrem Erscheinen veranlaßt wurden. Die Ueberführung der Leiche Pius' IX., welche noch in der provisorischen Papstgruft in der Peterskirche ruht, dürfte in der nächsten Zeit bevorstehen. Das Grab, welches er in seinem Testament aussuchte, ist seit einem Monat vollendet. Nichts ist einfacher, als diese Ruhestätte in der Kirche San Lorenzo außerhalb der Stadt. Pius bestimmte dieselbe selbst neben dem Flecke in der Krypta, wo der heilige Laurentius angeblich den Märtyrertod starb. Die Kirche, eine der ältesten Basiliken Roms, liegt auf dem großen Kirchhofe Campo Varano; die Mönche, welche das daneben liegende Kloster bewohnen, werden die Wächter der Papstleiche sei, deren Eintreffen sie täglich in stiller Mitternacht ohne Prunk entgegensehen.

Spanien ist ein unruhiges Land; während die französischen Blätter versichern, daß die demokratischen Bankets in Madrid und den Provinzen harmlos verlaufen seien, wird englischen Blättern berichtet, daß diese im Wesentlichen republikanische Feier in Barcelona unter unbeschreiblichem Enthusiasmus stattgefunden hat, daß 4000 Personen betheiligt waren an einem Bankett unter dem Vorsitze Figuera's, 3000 Demokraten in den Madrider Restaurants speisten und auf die Einigkeit der demokratischen Partei und das Gedeihen der französischen Republik tranken.

In der Pariser Kammer steht eine Culturkampf-Debatte bevor. Bei der Budgetberathung wird der Deputirte Madier die Unterdrückung des Credits von 110,000 Francs für die französische Botschaft beim Vatican beantragen. Wie es heißt, soll der Pariser Erzbischof im Geheimen diesen Antrage günstig gestimmt sein, indem er hofft, in Folge dessen werde der Nuntius Czacki abberufen werden, der zum Verdruß der Klerikalen mit den Republikanern auf dem besten Fuße steht und sogar eine Zusammenkunft mit Gambetta hatte. — Die Commissionen der französischen Deputirtenkammer beschäftigten sich am Sonnabend mit Renault's Antrag auf Durchführung des Simplon-Durchstiches. Für Dupont's Vorschlag, den Montblanc zu durchstechen, und für den Antrag, das französische Eisenbahnnetz derartig zu ändern, daß mit Benutzung des Gotthard-Tunnels ein neuer Alpendurchstich unnöthig wäre, ist keine günstige Stimmung vorhanden.

Der irische Agitator Parnell soll, wie schon gestern telegraphisch berichtet, England verlassen haben, um im Interesse der Landliga gewisse finanzielle Abkommen zu treffen und den Sitz der Centralleitung der Liga in Paris aufzuschlagen. Zu diesem Schritte sei Parnell durch die Wahrnehmung veranlaßt worden, daß die englischen Behörden die Briefe der Häupter der Liga öffnen und durchsehen ließen. Parnell habe sich auch nach Frankfurt a. M. begeben, um den Fond der Liga dort unterzubringen. Die Absicht, nach Amerika zu reisen, habe Parnell zur Zeit aufgegeben, werde vielmehr in einigen Tagen nach London zurückkehren. Diesen Mittheilungen wird jetzt hinzugefügt, daß Parnell von der englischen Regierung bei seiner Rückkehr ganz unbehelligt bleiben werde. Das Cabinet hätte nicht die Absicht, ihn durch seine Verhaftung zum Märtyrer zu machen. In Paris conferirte der Agitator mit Rochefort. Parnell erklärte dem Laternenmanne, der Zweck der Landliga, eine bewaffnete Erhebung Irlands, sei unmöglich. Es handle sich jetzt nur darum, durch alle gesetzlichen Mittel England zu zwingen, Irland so zu stellen, wie Ungarn zu Oesterreich steht. Das Zwangsgesetz werde aus Irland ein zweites Polen machen. Zum Schluß drückte Parnell den lebhaften Wunsch aus, Victor Hugo vorgestellt zu werden, um für Irland den Beistand seiner gewaltigen Stimme zu erlangen. Parnell schied von Rochefort mit den Worten: „Adieu! Ich wage nicht zu sagen, auf Wiedersehen, denn Ossian und ich, wir werden vielleicht im Gefängniß sein ehe ein Monat vergeht."

Trotz der schon mitgetheilten Erklärung Lord Granville's im englischen Unterhause besteht „Daily Telegraph" auf der Richtigkeit seiner Angaben über den Plan Rußlands, Asien zu theilen; selbst in Londoner regierungsfreundlichen Kreisen ist diese Ansicht vorherrschend. Das genannte Blatt sagt u. A.:

Wird Lord Hartington es für interessant erachten, jene Documente zu veröffentlichen, in welchen einige Lord Lytton und Lord Salisbury gemachte russische Vorschläge über die Theilung Asiens enthalten sind? Wir haben den besten Grund zur Annahme, daß Lord Beaconsfield's berühmte Phrase: „Asien ist groß genug für Großbritannien und Rußland" durch Vorschläge eingegeben worden, welche so weit gingen, England einzuladen, Afghanistan bis zum Kamme des Hindu-Kusch zu annectiren. Die Besetzung von Herat dürfte eine später leichter zu verhandelnde Frage gewesen sein; wahrte auch aber bezüglich der Provinzen Kabul, Kabistan, Ghuzni, des Hazaralandes, Kandahar, Zurab und Zeistan ein Zweifel ob, daß die Russen uns dieselben nicht überlassen und sich damit begnügt haben, Balth zu nehmen und ihre Grenzen bis zum „Dache der Welt", anstatt bis zum Oxus zu bringen, wenn wir nur in die Theilung des ottomanischen Reiches eingewilligt hätten? Wie viel man uns von Anatolien und Mesopotamien gewährt hätte, mag dahin gestellt bleiben; allein das Project sollte Rußland bis zum Aegäischen Meere bringen, Epirus und Thessalien an Griechenland abtreten, Thracien für Konstantinopel mit der Herrschaft über die Meerengen unter Regierung und dem Status einer freien Stadt reserviren und [illegible] „erreich die Besetzung Bosniens und Oberalbaniens als Entschädigung für den Verlust der Controle über die untere Donau gestatten. Da zwischen England und Rußland die Sache von der Regelung der Ansprüche beider Mächte in Asien abhängig gemacht wurde, so liegt es auf der Hand, daß Persien, wenngleich nicht erwähnt worden, in nicht zu entfernter Zeit gleichfalls getheilt worden wäre. Allein das Wohlwollen Rußlands endete da keineswegs. Es werde hervorgehoben, daß aus der Beseitigung der „Puffer"-Theorie von Afghanistan große Vortheile für England erwachsen dürften, und Großbritannien im Stande sein würde, einen Theil der Unkosten seiner indischen Armee zu ersparen, da es sich stets auf die Hülfe d[illegible] „civilisirten Nachbarmacht" verlassen könnte, falls ihm die indischen Musselmanen Verlegenheiten bereiten sollten. Es ist fast unglaublich, daß solch ein cynisches Anerbieten jemals